

E-2 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2023

Tagesordnungspunkt: 3. Europa

Antragstext

1 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

2 Nach Jahrhunderten der gewaltsamen Auseinandersetzungen, davon zwei Weltkriegen,
3 ist mit der Europäischen Integration etwas gelungen, was einzigartig ist. Ein
4 Versprechen sich hinter gemeinsamen Werten und Zielen zu vereinigen und Frieden,
5 Freiheit, Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit auf unserem Kontinent zu
6 etablieren und dafür einzustehen. Aus dem Verbund von 27 Staaten mit über 440
7 Millionen Menschen entstand eine Gestaltungskraft, welche die der einzelnen
8 Mitgliedsstaaten weit übertrifft. Gemeinsam sind wir stärker als allein. So ist
9 es möglich, dem planetaren Ernstfall Klimaschutz und Artensterben zu begegnen
10 und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Die Europäische Union kann ihre
11 Stärke nutzen, um weit über den Kontinent hinaus für Demokratie und
12 Menschenrechte einzustehen und durch einen glaubhaften Einsatz für europäische
13 Werte eine global wirksame, gesellschaftliche Vorbildfunktion einnehmen. Der
14 Europäische Binnenmarkt entfaltet enorme Kräfte dabei, innovative Technologien
15 zu entwickeln und damit die Transformation hin zu einer klimaneutralen
16 Wirtschaft voranzutreiben – auch als erfolgreiches Beispiel für
17 Wirtschaftsregionen auf anderen Kontinenten. Die Globalisierung hat vielen
18 Menschen weltweit enorme wirtschaftliche Verbesserungen beschert, doch ihre
19 Schattenseiten sind sowohl in der Pandemie als auch im Zuge des russischen
20 Angriffskriegs deutlich zutage getreten. Eine vertiefte Europäische Integration
21 ist die einzige Möglichkeit, diesen Herausforderungen zu begegnen. Wir müssen
22 gemeinsam den Multilateralismus nach außen und nach innen verstärken, um
23 zusammen unser vielfältiges Europa zukunftsfest zu machen. Europa ist für uns
24 schon lange kein loses Projekt mehr, sondern fester Bestandteil unserer
25 Lebensrealität.

26 Gerade für uns in Rheinland-Pfalz mit den Nachbarn Frankreich, Luxemburg und
27 Belgien hat die europäische Zusammenarbeit besondere Bedeutung. Viele Menschen
28 pendeln zur Arbeit in die angrenzenden Länder, pflegen Freundschaften, machen
29 eine Ausbildung oder studieren, fahren in Urlaub oder zum Einkaufen in andere
30 EU-Mitgliedsstaaten. Noch nie war all dies so einfach. Nach einer Zeit, in der
31 Grenzkontrollen und Zoll, Geldwechseln, Visum, aufenthaltsrechtliche
32 Fragestellungen an der Tagesordnung waren, sind Luxemburg, die Wallonie und das
33 Elsass jetzt tatsächlich einfach nebenan.

34 Das europäische Klimagesetz unterstützt den Weg zur Klimaneutralität in
35 Rheinland-Pfalz

36 Die Europäische Union will eine Vorreiterrolle im Bereich Klimaschutz und
37 Energiewende spielen und alle Regionen bei diesen Herausforderungen in den Blick
38 nehmen. Die Katastrophe im Ahrtal im Sommer 2021, das Waldsterben und die Dürren
39 der letzten Jahre zeigen, dass auch wir in Rheinland-Pfalz deutlich von der
40 Klimakrise betroffen sind. Dabei beträgt die Erhitzung bislang gerade einmal 1,2

41 Grad Celsius. Die 1,5-Grad-Grenze ist nichts Willkürliches, sondern absolut
42 notwendig, um die schlimmsten Folgen abzuwenden und ein sicheres Leben weiter zu
43 ermöglichen.

44 Wir wollen, dass das Gesetzespaket zur Umsetzung des Klimagesetzes, bekannt als
45 „Fit for 55“, starke Rahmenbedingungen für die Transformation hin zu
46 Klimaneutralität in allen Regionen schafft. Die Reform des EU-
47 Emissionshandelssystem wird alle Sektoren einbinden und besonders den Sektoren
48 Verkehr, Gebäude und Brenn- und Kraftstoffe einen klaren Korridor hin zur
49 Klimaneutralität geben. Für Rheinland-Pfalz als sehr kleinteilig strukturiertes
50 Land stellt die Mobilitätswende eine große Aufgabe dar. Es geht um mehr als eine
51 reine Antriebswende. Mobilität muss vernetzt gedacht werden, wir müssen
52 Bahnstreckenreaktivierungen vorantreiben, Ergänzungen zum ÖPNV schaffen und
53 sichere und effiziente Radwegenetze etablieren.

54 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Rheinland-Pfalz eine entscheidende Rolle in
55 der Dekarbonisierung der Industrie in Deutschland und in Europa einnimmt.
56 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas und kann somit ein Ankerpunkt für die
57 Transformation unseres Industrie- und Energiesystems sein – besonders bei einer
58 europäischen Wasserstoffstrategie. Unser Land hat zwölf Binnenhäfen und wird
59 somit auf Wasserstoff als Treibstoff angewiesen sein.

60 Für uns ist eine dezentrale Energieversorgung durch erneuerbare Energien die
61 Strategie für mehr Energiesicherheit und Wertschöpfung vor Ort. Zentrale
62 Energieerzeugung durch Großkraftwerke und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten
63 hat uns für Störfälle anfällig und politisch erpressbar gemacht. Mit unserer
64 geographischen Lage und wirtschaftlichen Vernetzung sind wir eine ideale Region
65 für das Vorantreiben einer erneuerbaren Energieunion.

66 Wir ermutigen und unterstützen Kommunen dabei, ihre Flächen für erneuerbare
67 Energien, Windanlagen oder Freiflächen-PV, zu nutzen. Die auf europäischer Ebene
68 beschlossenen Verordnungen zur Planungsbeschleunigung ermöglichen die Straffung
69 von Verfahren und treiben insbesondere das Repowering voran. Auch die gestärkten
70 Ziele für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz geben uns Rückenwind für
71 unsere eigenen Ambitionen.

72 Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass die Europäische Union aus der
73 Atomkraft aussteigt. Wir fordern die Bundesregierung auf, mit unseren Nachbarn
74 Frankreich und Belgien Gespräch zu suchen, mit dem Ziel die Nutzung der
75 Atomkraft zu beenden. Solange die Kraftwerke laufen, müssen höchste
76 Sicherheitsstandards gelten. Die 2022 in etlichen französischen AKW entdeckten
77 Korrosionsschäden sind für uns Anlass zu großer Besorgnis. Auch die Tatsache,
78 dass nur in Finnland die Endlagerung abschließend gelöst ist, sollte alle
79 europäischen Bürger*innen beunruhigen. Wir fordern außerdem, den aus der Zeit
80 gefallenen EURATOM-Vertrag endlich abzuschaffen. Statt Geld in Atomforschung zu
81 investieren, müssen wir uns auf den Ausbau der Erneuerbaren und den Umbau
82 unserer Energieversorgung konzentrieren. Deshalb werden wir uns auf europäischer
83 Ebene energisch gegen den Einsatz von EU-Geldern für den Bau neuer
84 Atomkraftwerke einsetzen.

85 Mit europäischen Vorgaben die Umwelt und Naturschutz in Rheinland-Pfalz
86 unterstützen

87 Das Artensterben und der damit verbundene Verlust unseres biologischen
88 Sicherheitsnetzes ist eine stille und schleichende Bedrohung. Wir brauchen eine
89 starke EU-Gesetzgebung, die uns hilft, unsere Wälder und Moore zu renaturieren.
90 Zudem bedarf es einer vorausschauenden Politik, die waldreiche Regionen wie
91 Rheinland-Pfalz in Zeiten der Trockenheit und Dürre aufgrund der Klimakrise
92 ausreichend unterstützt. Wir sind Teil der Grünen Lunge Europas.

93 Mit dem EU-Renaturierungsgesetz setzen wir uns für die Wiederherstellung
94 zerstörter Lebensräume ein. Als größtes Naturschutzgesetz der letzten Jahrzehnte
95 wirken wir damit gegen den Rückgang der Arten, die durch die fortschreitende
96 Klimakrise und Flächenkonkurrenz durch Urbanisierung und intensive
97 landwirtschaftliche Nutzung immer mehr Lebensräume verlieren. Mindestens 30 %
98 der Landflächen und Seegebiete sollen geschützt und eine verpflichtende
99 Biotopvernetzung umgesetzt werden.

100 Wir setzen uns weiterhin für den besonderen Schutzstatus des Wolfes und des
101 Luchses ein. Ein grenzüberschreitender Austausch auch auf kommunaler Ebene zur
102 Verbesserung des Wolfmanagements hat für uns Priorität. Der rheinland-
103 pfälzischen Wolfsmanagementplan hat das Ziel, Tierhaltung und Wolfspopulation in
104 Einklang zu bringen.

105 Unsere Flüsse, Seen und Grundgewässer sind unverzichtbar als Quelle des Lebens
106 für Pflanzen, Tiere und Menschen, für Wälder, Wiesen und Äcker. Die Klimakrise
107 und die immer härteren Dürreperioden schränken den Zugang zu Wasser enorm ein.
108 Wir müssen den Zugang zu sauberem Wasser gewährleisten und setzen uns für die
109 konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein. Die schockierende Zahl
110 von mehr als 17.000 Altlasten in Europa, auch bei uns in Rheinland-Pfalz, mit
111 den giftigen und hormonwirksamen PFAS, sogenannten „Ewigkeitschemikalien“
112 zeigt, dass eine Reform der Chemikalienverordnung REACH dringend benötigt wird.

113 Kommunale Versorgung: europäisch und dezentral

114 Die Starkregenkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 und der darauffolgende
115 Wiederaufbau zeigen uns die vielen Schwächen im geltenden EU-Vergaberecht. Das
116 Vergaberecht muss ökologischer, nachhaltiger und vor allem krisenresilienter
117 umgestaltet werden. Wir wollen, dass Kommunen ausreichend Gestaltungsspielraum
118 haben, sich den Folgen der Klimakrise anzupassen. Außerdem soll das
119 Wettbewerbsrecht ökologischen Kriterien nicht widerlaufen.

120 Bäuerliche Landwirtschaft und Weinbau auf europäischer Ebene berücksichtigen

121 Rheinland-Pfalz ist das Land der Reben und Rüben. Sechs der 13 deutschen
122 Weinanbaugebiete liegen in Rheinland-Pfalz. Landwirtschaft und Weinbau sind hier
123 noch überwiegend kleinteilig strukturiert. Diese Familienbetriebe wollen wir als
124 Grundlage der Agrarwende erhalten. Ernährungssicherheit gibt es nur mit
125 biologischer Vielfalt. Gesunde Ökosysteme sind die Voraussetzung für sauberes
126 Wasser und fruchtbare Böden. Deshalb gilt es, unsere Betriebe für den Erhalt
127 dieser Ökosystemleistungen zu bezahlen, statt unspezifisch Flächenprämien
128 auszuschütten. Um mit der Erzeugung von gesunden und umweltverträglichen
129 Lebensmitteln ein gutes Auskommen für die Produzierenden zu erreichen, setzen
130 wir auf regionale Absatzmärkte.

131 Wir unterstützen die für die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Montreal
132 notwendigen Pestizidreduktionsziele der EU und setzen weiter auf die Erforschung
133 und Etablierung integrierter Pflanzenschutzmethoden. Dazu wollen wir den Dialog

134 mit den Landwirt*innen und Winzer*innen aktiv führen, um im gemeinsamen
135 Zusammenschluss Artenvielfalt sichern, Ernährungssicherheit gewährleisten und
136 Kleinbäuerliche Betriebe unterstützen zu können.

137 Einheitliche europäische Standards sind uns wichtig. Versorgungssicherheit muss
138 europäisch gedacht werden, Standards für Klima- und Umweltverträglichkeit,
139 Tierschutz und Arbeitsbedingungen global. Sie müssen in der Erstellung von
140 internationalen Verträgen und Handelsabkommen verpflichtend berücksichtigt
141 werden.

142 Demokratisches Miteinander und Rechtsstaatlichkeit in Europa und vor Ort

143 Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir kämpfen in jedem Rat und in jedem
144 Parlament gegen Ideologien des autoritären Nationalismus von rechts. Die
145 kommunale Ratsarbeit, die meistens auf Ehrenamt basiert, schützen wir vor Hass
146 und Hetze und von Verschwörungsideologien. Wir unterstützen ebenso solidarisch
147 alle Aktiven in der Zivilgesellschaft, die sich für ein gemeinsames und
148 demokratisches Europa einbringen.

149 Wir informieren die Bürger*innen über die Erfolge in allen Bereichen auf EU-
150 Ebene und nehmen sie zu mehr Beteiligung mit. Korruption und Verstöße gegen
151 europäisches Recht machen wir publik und setzen uns für deren Bekämpfung ein.
152 Wir stehen hinter Vertragsverletzungsverfahren, insbesondere in Umwelt-,
153 Rechtsstaats- und Menschenrechtsfragen.

154 Wir wollen ein Europa der Kommunen und Regionen, in dem die europäische
155 Zusammenarbeit mit den Kommunen und Regionen vor Ort gestärkt wird, die
156 europäische Vielfalt sichtbar und erlebbar wird. Wir setzen auf Austausch durch
157 Städtepartnerschaften innerhalb der EU, aber auch darüber hinaus, etwa mit
158 Städten in der Ukraine

159 Für eine humane, solidarische und geordnete Asylpolitik in Europa

160 Der Umgang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine, mit der größten
161 Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, macht es deutlich: wenn die
162 EU-Mitgliedstaaten, ihre Regionen und Kommunen solidarisch zusammenarbeiten,
163 dann finden sie gemeinsame Wege. Rheinland-Pfalz hat gemeinsam mit seinen
164 europäischen Partnern und im engen Schulterschluss zwischen Land und Kommunen,
165 eine große Anzahl an Menschen aus der Ukraine unterstützt.

166 Andererseits zeigt der Tod von über 25.000 Menschen, die auf der Flucht im
167 Mittelmeer wegen unterlassener Hilfeleistung seit 2016 ertrunken sind, dass eine
168 Reform des EU-Asylsystems dringend notwendig ist. Es ist unsere Solidarität
169 miteinander, die unsere Handlungsfähigkeit auch hier sichern kann. Wir dürfen
170 die Staaten an der Außengrenze nicht allein lassen, weder mit den Geflüchteten,
171 die Anspruch auf Asyl haben, noch mit den Menschen, die zurückgeführt werden
172 müssen.

173 Der Druck auf die Außengrenzen sowie auf die Aufnahmekapazitäten kann verringert
174 werden, indem die EU die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern
175 verstärkt – u.a. mit Migrationspartnerschaften. Bereits jetzt unterstützt die EU
176 die freiwillige Rückkehr, die in Rheinland-Pfalz gut genutzt wird, finanziell.
177 Darauf wollen wir aufbauen.

178 Wir brauchen dringend eine verbindliche und faire Verteilung der Geflüchteten in
179 der EU, das ist die Grundlage für die Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren
180 und eine frühzeitige Integration.

181 Um irreguläre Migration einzuschränken, müssen reguläre und sichere
182 Migrationswege geschaffen werden. Wir brauchen ebenso dringend eine bessere
183 Fachkräftezuwanderungspolitik, die den Anforderungen des europäischen
184 Arbeitsmarktes entspricht. Hier müssen die Verfahren unbedingt beschleunigt
185 werden. Damit begegnen wir auch dem Fach- und Arbeitskräftemangel in
186 Deutschland, der im letzten Jahr ein neues Allzeithoch erreicht hat – allein in
187 Rheinland-Pfalz gab es 45.800 unbesetzte Stellen. Wir setzen uns auch für die
188 Einsetzung einer von der EU koordinierten staatlichen Seenotrettungsmission ein.
189 Außerdem muss zivile Seenotrettung endlich entkriminalisiert werden.

190 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

191 Wir setzen uns dafür ein, dass der kulturelle und schulische Austausch zwischen
192 Schulen, Hochschulen sowie bi- und multinationalen Kitas, ausgebaut wird. Auch
193 den außerschulischen, selbstorganisierten Jugendaustausch von jungen Menschen
194 z.B. in Jugend- und Sportverbänden wollen wir weiter stärken. Unser Ziel ist es,
195 dass jeder junge Mensch in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit bekommt, an einer
196 europäischen Jugendbegegnung teilzunehmen. Ebenso wollen wir Begegnungsorte für
197 ältere Menschen in Sprachtandems und -cafés ausbauen. Eine solide europäische
198 Gemeinschaft startet vor Ort mit dem Miteinander der Regionen und der Menschen.
199 Sprache verbindet. Wir wollen außerdem den Erhalt von regionalen Dialekten der
200 Grenzregionen stärken.

201 Wirtschaftliche Zusammenarbeit

202 Wir GRÜNE stehen für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren
203 Nachbarregionen, um insbesondere strukturschwachen Regionen grenzüberschreitend
204 einzubinden, und sie zu selbstbewussten Akteurinnen in der Umsetzung des
205 Europäischen Green Deals zu machen.

206 Dafür werden wir uns für den Ausbau des Europäischen Fonds für Regionale
207 Entwicklung (ERDF), des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen
208 Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) auf EU-
209 Ebene einsetzen. Die PV-Anlage auf der Schreinerei, das Tagungshaus auf dem
210 Bauernhof und der Neubau der Kita im Ort, solche Projekte profitieren allesamt
211 von diesen Fonds.

212 Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich das enorme Potenzial für den
213 Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz in den Bereichen Biotechnologie und Life
214 Sciences gezeigt. Ebenso im Bereich Künstliche Intelligenz können wir auf
215 innovative, marktführende Unternehmen und exzellente Forschung im Land blicken.
216 Gleichzeitig nimmt die Chemie-Industrie weiterhin einen hohen Stellenwert in
217 Rheinland-Pfalz ein. Wir GRÜNE wollen den europäischen Wirtschaftsraum nutzen,
218 um unsere wirtschaftlichen Zukunftssektoren genauso wie Schlüssel-Industrien im
219 Land zu stärken und auszubauen sowie die klimaneutrale Transformation zu
220 fördern. Dazu machen wir uns auf europäischer Ebene für Verbundprojekte im
221 Bereich Forschung und Entwicklung an rheinland-pfälzischen Standorten stark
222 sowie für die Vernetzung europäischer Akteure mit rheinland-pfälzischer
223 Wirtschaft und Wissenschaft.

224 Ebenso bei der Bewältigung des akuten Fachkräftemangels können wir in Rheinland-
225 Pfalz vom Europäischen Binnenmarkt profitieren. Dazu wollen wir die
226 Arbeitnehmer*innen-Freizügigkeit weiter stärken und EU-Beratungsstellen für
227 Arbeitnehmer*innen ausbauen. Besonders in den Grenzregionen im Land wollen wir
228 bürokratische Hürden für Pendler*innen abbauen. Ebenso unterstützen wir im Land
229 die Umsetzung des novellierten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, sodass mehr
230 Fachkräfte über die Blaue Karte der EU sich ansiedeln können. Darüber hinaus
231 wollen wir mit Standortinitiativen und Werbekampagnen Rheinland-Pfalz als
232 Arbeits- und Wohnort für EU-Bürger:innen attraktiv darstellen.

233 Die Zukunft des europäischen Industriestandorts liegt in Schlüsseltechnologien
234 zur Dekarbonisierung und Erreichung der Klimaneutralität. Der amerikanische
235 Inflation Reduction Act hat die Messlatte für grüne Investitionen hoch gelegt,
236 wir begrüßen daher die europäische Initiative des Net-Zero Industry Acts. In
237 Rheinland-Pfalz wollen wir gute Voraussetzungen für die Forschung, Gründung und
238 Skalierung von Klimatechnologien bieten. Die zukünftige Wertschöpfung und der
239 Wohlstand Europas sind GRÜN.

240 Mobilität

241 Ein Schlüssel des Friedensprojektes Europa ist die Personenverkehrsfreiheit, mit
242 der starre Grenzen der Vergangenheit angehören. Wir setzen uns dafür ein, dass
243 die Freizügigkeit des Schengenraums für alle EU-Bürgerinnen gewährleistet ist.

244 Wir setzen uns dafür ein, dass die Mobilität von Bürger*innen, sowie der
245 Güterverkehr als fester Bestandteil unserer Wertschöpfungsketten nachhaltig und
246 klimaneutral werden.

247 Besonders für innereuropäische Erholungs- und Geschäftsreisen wollen wir die
248 Bahnverbindungen tags und nachts ausbauen. Auch eine europäische
249 Buchungsplattform ist überfällig, um Fernreisen per klimafreundlichem
250 Öffentlichem Verkehr zu ermöglichen. Nur so sind Flugreisen innerhalb Europas
251 massiv zu reduzieren. Als Teil der Großregion setzten wir uns für den Ausbau der
252 Nahmobilität in Grenzregionen ein und wollen eine Anschlussgarantie im
253 europäischen Zugverkehr. Der energieeffiziente Transport per Binnenschiff muss
254 zukunftsfest gemacht werden. Dafür braucht es zum einen eine Antriebswende hin
255 zu batterieelektrischen und Wasserstoffschiffen, zum anderen die Anpassung der
256 Schiffe an immer häufiger auftretende Niedrigwasserstände. Denn der irreversible
257 Rückgang der Alpengletscher wird sich massiv auf die Rheinpegelstände im Sommer
258 auswirken.

259 Europa ist für uns GRÜNE ein zentrales Anliegen. In unseren lebendigen
260 Grenzregionen tragen wir Europa im Herzen. Wir sind uns einig: kein Zurück ins
261 nationale Schneckenhaus. Als Rheinland-Pfälzer*innen denken und handeln wir
262 europäisch und vernetzt.

263 Bei der anstehenden Europawahl kämpfen wir für Demokratie und
264 Rechtsstaatlichkeit in Europa, für Frieden und soziale Gerechtigkeit und
265 Mehrheiten, um der Klimakrise entschlossen entgegenzutreten. Gekoppelt mit der
266 Kommunalwahl haben wir die Chance, die Vision der „europäischen Kommune“ zu
267 skizzieren und deutlich zu machen, dass den globalen Problemen nur mit lokalen
268 GRÜNEN Lösungen vor Ort begegnet werden kann.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Fabian Ehmann (KV Mainz); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Dr. Lea Heidbreder (KV Landau); Jutta Paulus (KV Neustadt/Wstr.); Marius Schlageter (KV Ludwigshafen); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich)